

Ärztmangel wird größer

Studie: Wo bis 2040 besonders viele Hausärzte fehlen könnten.

Stuttgart. Schon heute ist es in einigen Regionen in Baden-Württemberg schwierig, einen Hausarzt zu bekommen – bis 2040 wird sich die Situation einer Studie der Krankenkasse Barmer zufolge vor allem im ländlichen Raum noch massiv verschärfen. Demnach dürften etwa die Bereiche Bad Säckingen, Rottweil, Sigmaringen und Waldshut-Tiengen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in 14 Jahren unterversorgt sein, wenn nicht gegengesteuert wird. Die Studie, die ein Forschungsinstitut der Krankenkasse gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung durchführte, kommt zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2040 etwa ein Fünftel der Bevölkerung in Baden-Württemberg (22 Prozent) unterversorgt sein dürfte. Besonders stark betroffen seien ländliche Regionen und mittlere Städte, sagte Danny Wende vom Barmer Institut für Gesundheitssystemforschung.

Gründe für die schlechtere Versorgung sind laut Barmer, dass der Bedarf an Hausärzten steige, zugleich aber immer mehr Ärzte in Rente gingen. Zudem reduziere sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in den Praxen, weil junge Ärzte häufig nicht mehr bereit seien, so viele Stunden zu arbeiten wie ihre Vorgänger.

Die Forscher sehen aber auch gute Möglichkeiten, der Entwicklung gegenzusteuern. Dafür müssten laut Barmer bis 2040 in Baden-Württemberg rund 175 junge Hausärztinnen und Hausärzte gezielt in die besonders betroffenen Regionen gelockt werden. „Das halten wir für machbar und realistisch“, sagte Landesgeschäftsführer Winfried Plötze.

Die Landarztquote soll helfen, gegenzusteuern

Seit 2021 gibt es im Südwesten auch die sogenannte Landarztquote. Dabei werden jährlich 75 Medizinstudiengplätze an Bewerber vergeben, die sich verpflichten, nach ihrer Ausbildung mindestens zehn Jahre als Hausarzt in einer unterversorgten Region zu arbeiten. Im Koalitionsvertrag hat die grün-schwarze Landesregierung außerdem vereinbart, diese Quote auch auf Kinderärzte ausweiten zu wollen.

dpa



Auf dem Land werden besonders viele Ärzte gesucht.

BILD: TOM WELTER/DPA

Flammen an Lagerhalle

Vorfall: Wieder Brand auf dem Stuttgarter Großmarkt.

Stuttgart. Auf dem Stuttgarter Großmarkt hat es erneut gebrannt. Am Dienstagabend habe es Flammen und Rauch an einer Lagerhalle gegeben, teilte die Feuerwehr mit. Durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr konnte ein Übergreifen auf weitere Gebäudeteile verhindert werden, wie es hieß. Der Brand sei gegen 19.50 Uhr entstanden und gegen 22.30 Uhr gelöscht gewesen. Im weiteren Verlauf der Nacht wurde die Brandstelle immer wieder kontrolliert.

Auf dem Großmarkt war am Freitagabend ein Feuer ausgebrochen. Der Großbrand verursachte nach ersten Schätzungen einen Schaden im zweistelligen Millionenbereich. Zwei Hallen seien vollständig niedergebrannt, hatte ein Feuerwehrsprecher gesagt. Die Brandursache war noch unklar. Nach rund 60 Stunden konnten die Einsatzkräfte „Feuer aus“ melden.

dpa



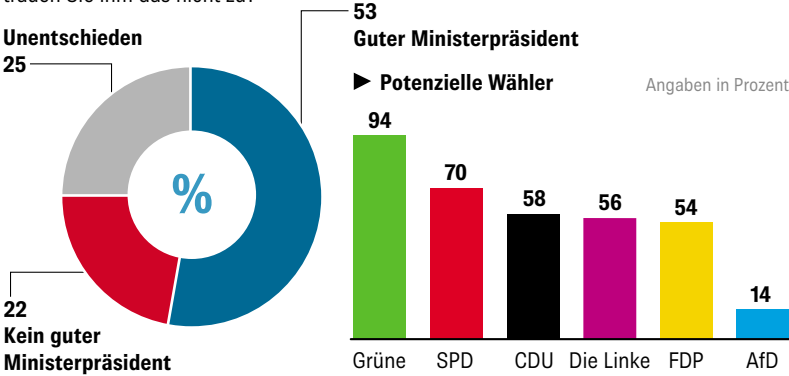
Cem Özdemir (v.r.) trauen 53 Prozent zu, ein guter Ministerpräsident zu werden, hier mit Innenminister Manuel Hagel und Finanzminister Danyal Bayaz.

BILD: IMAGO/FRANK HOERMANN/SVEN SIMON

Kleine Gemeinden fusionieren

Großes Vertrauen in Cem Özdemir – nahezu parteiübergreifend

Vor Kurzem ist Cem Özdemir zum neuen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg ernannt worden. Trauen Sie Cem Özdemir zu, ein guter Ministerpräsident zu sein, oder trauen Sie ihm das nicht zu?



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 6195/III; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre

Es war ein weitreichender Vorschlag, mit dem Manuel Hagel (CDU) im Wahlkampf Schlagzeilen machte. Im November 2024 hatte er sich bei einer Veranstaltung für eine Verwaltungsreform ausgesprochen – zwei Verwaltungsebenen sollten wegfallen. Doch ausformuliert wurde der Vorschlag von dem CDU-Politiker bislang nicht. Lediglich die FDP, die es am Ende gar nicht in den Landtag schaffte, versuchte mit entsprechenden Ideen im Wahlkampf zu punkten. So wollten die Liberalen unter anderem kleinen Kommunen und Landkreisen Anreize für freiwillige Zusammenschlüsse bieten.

Solche Ideen fielen in der Wählerschaft offenbar auf fruchtbaren Boden, wie der aktuelle BaWü-Check zeigt: 42 Prozent der 1.006 Befragten halten die Zusammenlegung von Landkreisen für einen guten Vorschlag, 30 Prozent wären dagegen. Geht es um den eigenen Landkreis, ist die Zustimmung sogar noch höher. Die Hälfte der Befragten wäre damit einverstanden, wenn der eigene Landkreis mit einem anderen zusammengelegt würde, 27 Prozent wären dagegen.

Geht es um die Zusammenlegung kleiner Gemeinden, fällt die Zustimmung noch größer aus. Den Vorschlag, Gemeinden mit weniger als 3.000 Einwohnern mit anderen Kommunen zusammenzufassen, finden 59 Prozent sinnvoll. Nur ein

Fünftel der Befragten (21 Prozent) ist dagegen. Wenig überraschend ist, dass die Zustimmung in Städten – Großstädte (64,4 Prozent), Mittelstädte (59,6 Prozent), Kleinstädte (62,1 Prozent) – höher ausfällt als in Dörfern mit 46,1 Prozent.

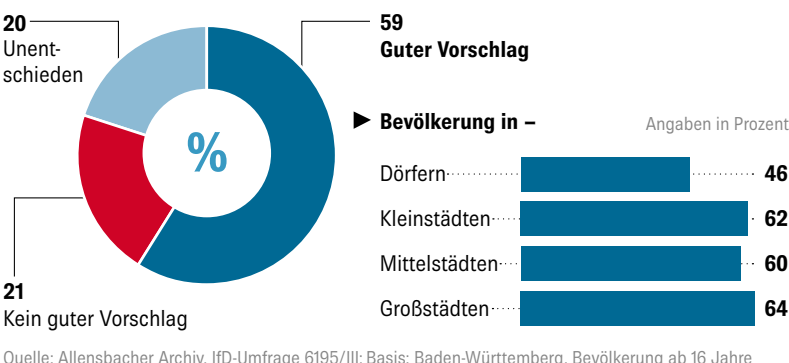
Bislang sind solche Pläne aus der grün-schwarzen Koalition noch nicht bekannt. Auch bei den Koalitionsverhandlungen war eine mögliche Verwaltungsreform dem Vernehmen nach kein Thema. Das Land will aber mit den Kommunen eine Zukunftskommission einrichten, in der über grundlegende Entscheidungen für Städte, Landkreise und Gemeinden diskutiert werden soll. Bis Ende 2026 soll – so steht es im Koalitionsvertrag – außerdem ein Zukunftsbündnis geschlossen werden, das konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau machen soll. Kürzen will die Landesregierung allerdings auf jeden

Fall bei sich selbst. In der „zentralen Verwaltung“ sollen bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2031 fünf Prozent der Stellen wegfallen. Und zum Regierungsstart hatten Grüne und CDU sich selbst erst einmal je 30 zusätzliche Stellen in eigenen Ministerien zugesagt. Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) beteuerte aber zuletzt, die Landesregierung halte am Abbauziel weiter fest. Konzepte dafür seien in Arbeit.



Mehrheit für die Eingliederung kleinerer Gemeinden in andere Kommunen

Ein anderer Vorschlag lautet, aus Kostengründen kleinere Gemeinden mit weniger als 3.000 Einwohnern mit anderen Kommunen zusammenzulegen. Halten Sie das alles in allem für einen guten Vorschlag oder für keinen guten Vorschlag?



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6195/III; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre

Das Land muss sparen, davon sind die Befragten im aktuellen BaWü-Check der Tageszeitungen in Baden-Württemberg überzeugt. Am besten bei sich selbst. Aber auch vor großen Verwaltungsreformen schrecken die Befragten nicht zurück.

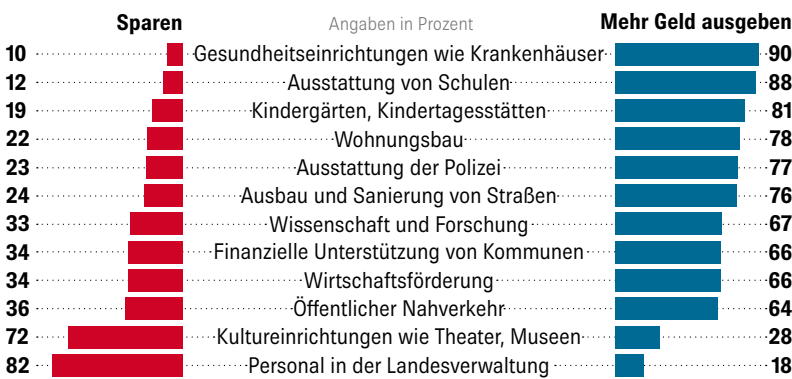
Von Annika Grah

Das ist auch gut so. Denn vier von fünf Befragten im BaWü-Check finden, dass das Land Personal einsparen sollte. Der zweite Bereich, in dem überwiegend Sparpotenzial gesehen wird, sind Kultureinrichtungen. 72 Prozent der Befragten finden, dass hier weniger Geld ausgegeben werden sollte. Mehr Geld soll hingegen in Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser (90 Prozent Zustimmung) fließen, in die Ausstattung von Schulen (88 Prozent) und Kindergärten (81 Prozent). Auch Mehrausgaben für Wohnungsbau (78 Prozent) und Straßen (76 Prozent) wird von einer Mehrheit befürwortet. Zwei Drittel finden, dass mehr Geld für Kommunen und Wirtschaftsförderung sowie für die Wissenschaft ausgegeben werden sollte.

Die Wunschliste korrespondiert mit der politischen Agenda der Bürger. Mehr als die Hälfte (56 Prozent) findet, dass das Land für ausrei-

Sparen oder investieren?

Was meinen Sie: In welchen Bereichen sollte Baden-Württemberg eher mehr Geld ausgeben, und in welchen Bereichen sollte Baden-Württemberg eher sparen?



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6195/III; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre

Angaben in Prozent

chend bezahlbaren Wohnraum sorgen sollte. Ein Thema, das schon lange weit oben bei den Menschen im Land rangiert, gefolgt von den Aufgaben, Arbeitsplätze zu sichern, die Wirtschaft zu stärken und Bürokratie abzubauen. Die Gesundheitsversorgung und Schulen rangieren auf Platz fünf und sechs.

Vertrauen in die Lösungskompetenz überschaubar

Allerdings ist das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Landesregierung überschaubar. Nur 38 Prozent der Befragten trauen Grün-Schwarz zu, die Zukunftsprobleme des Landes anzugehen. 33 Prozent tun das nicht. Bei der Frage, ob die Landesregierung die Wirtschaft stärken kann, dreht sich das Verhältnis: Nur noch 33 Prozent glauben daran, während 36 Prozent denken, dass das nicht gelingen wird.

Sowohl Ministerpräsident Cem Özdemir (Grüne) als auch sein Vize Manuel Hagel (CDU) hatten das Thema Wirtschaft im Wahlkampf hochgehängt. Auch in seiner ersten Regierungserklärung nannte Özdemir die Wirtschaft das „Thema Nr.1“. „Baden-Württemberg wirtschaftlich zu erneuern, die Bremsen zu lösen und Investitionen zu ermöglichen. Das ist die zentrale Aufgabe für die kommenden Jahre“, sagte er im Mai im Landtag. Als Erstes will Özdemir noch vor der Sommerpause ein Effizienzgesetz zum Bürokratieabbau umsetzen. Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden, außer-

dem soll ein Zukunftsfonds aufgesetzt werden, um Firmen im Umbruch über schwierige Zeiten hinwegzuhelfen.

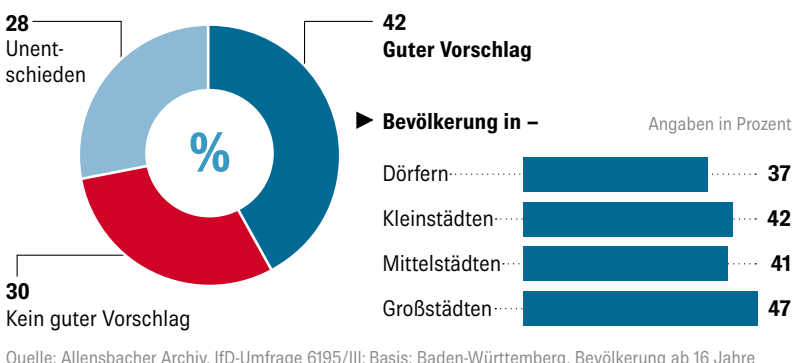
Allerdings trauen die Befragten im BaWü-Check der Landesregierung auch beim Thema Stellenabbau in der Automobilindustrie wenig zu. 55 Prozent der Befragten halten die Landesregierung an der Stelle für weitgehend machtlos. Und auch beim Bürokratieabbau gibt es Zweifel: Lediglich 22 Prozent glauben, dass es der grün-schwarzen Landesregierung gelingen wird, spürbar Bürokratie abzubauen. Gut die Hälfte hält das nicht für realistisch.

Die größten Zweifel haben Anhänger der AfD und der Linken. Die eigenen Rechte wollen viele Bürgerinnen und Bürger aber auch nicht beschnitten sehen, um Genehmigungen und Verfahren zu beschleunigen: 41 Prozent halten es für falsch, die Einspruchsmöglichkeiten bei großen Infrastrukturmöglichkeiten wieder zu reduzieren, nur 37 Prozent sind dafür.

Alles in allem startet die neue grün-schwarze Landesregierung allerdings mit einem Vertrauensvorsprung in die erste Legislaturperiode unter ihrem neuen Ministerpräsidenten. Cem Özdemir trauen 53 Prozent der Befragten zu, ein guter Ministerpräsident zu werden. Zum Vergleich: Winfried Kretschmann (Grüne) kam zum Ende seiner 15-jährigen Amtszeit im BaWü-Check im Februar auf 50 Prozent.

Eine Zusammenlegung von Landkreisen findet mehr Unterstützer als Gegner

Um Kosten zu sparen, gibt es die Forderung, die Anzahl der Landkreise in Baden-Württemberg zu reduzieren. Halten Sie das alles in allem für einen guten Vorschlag oder für keinen guten Vorschlag?



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6195/III; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre